

## „Europa muss sozial werden – aber Hirche, Beck und Merkel zucken nur mit den Schultern

Fast 1000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Deutschland, Frankreich, Belgien, der Schweiz und Luxemburg haben am Samstag, dem 5. Juli, in Luxemburg gegen die antisoziale Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes protestiert. Auslöser war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes gegen das Land Luxemburg. Das Gericht urteilte unter anderem, es sei Firmen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten nicht zuzumuten, schriftliche Arbeitsverträge für Mitarbeiter vorweisen zu müssen, die in Luxemburg eingesetzt werden. Auch die in Luxemburg gesetzlich vorgesehene Anpassung von Löhnen an die Inflation bewertete der Gerichtshof als unzulässig.

Dieses Urteil, das pikanterweise extra auf den 19. Juni verschoben wurde, um das Irland-Referendum nicht zu gefährden, passt in eine Reihe vorhergegangener Urteile der jüngeren Zeit. In Urteilen gegen die Firmen Viking und Laval hatte das Gericht Urteile gegen das Streikrecht gefällt, im Fall Rüffert hatte es die Tariftreueklausel für die Vergabe öffentlicher Aufträge in Niedersachsen gekippt. In all diesen Urteilen wurden Dienstleistungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit über die sozialen Grundrechte der Menschen gestellt. Damit wird dem Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor geöffnet.

Der niedersächsische Wirtschaftsminister stellte aber am 5. Juni auf eine dringliche Anfrage der Linken im Landtag ungerührt fest, man könne „mit Fug und Recht behaupten, dass die soziale Dimension in Europa nicht zu kurz kommt“.

Nachdem Frank Bsirske, ver.di-Bundesvorsitzender, in einem Brief an die Bundeskanzlerin Angela Merkel deren Einsatz für soziale Grundrechte auf EU-Ebene eingefordert hatte, kam drei Wochen später Merkels Antwort: Forderungen für soziale Grundrechte, die über die Regelungen im Lissabon-Vertrag hinausgehen, seien „in den Beratungen nicht konsensfähig“ gewesen. Und weiter: „Eine primärrechtliche Ergänzung des Vertrages[...] ist daher nach meiner Auffassung nicht durchsetzbar.“

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck schließt sich zwar der Meinung Bsirskes an und schreibt: „In der Tat zeigen die genannten Urteile des EuGH eine Schiefelage der europäischen Rechtsprechung an, die auch mich mit Sorge erfüllt.“. Aber mehr als den Verweis auf eine bevorstehende gemeinsame Erklärung des SPD-Gewerkschaftsrates und die Bitte um Anregungen dazu kommt auch von ihm nicht.

Alles in allem sehen Vertreter von CDU und FDP also gar kein Problem, die SPD sieht wenigstens eines, tut aber auch nichts.

Kollektives tatenloses Schulterzucken und ab und an geäußertes Bedauern, man wolle ja sozialer, aber angesichts der EU-rechtlichen Rahmenbedingungen könne man ja nicht anders – da darf man sich getrost fragen, ob die EU nicht eine willkommene Ausrede für gewollte, markt-radikale Liberalisierung ist. Es drängt sich schon der Eindruck auf, dass über den Umweg der EU freudig umgesetzt wird, was auf bundesdeutscher Ebene nicht mehr ohne massiven Protest der Bevölkerung ginge, in der Hoffnung, dass es keiner merkt. Die nächste Europawahl ist 2009. Sie wird zeigen, ob diese Hoffnung in Erfüllung geht, oder ob Parteien, die lieber freie Marktwirtschaft als grundgesetzkonforme soziale Marktwirtschaft hätten, dann die Quitting kriegen.“